

Kongress "Krieg und Frieden" – Aufbau einer Friedensbewegung in einer gebeutelten Gesellschaft

14 Apr. 2025 12:52 Uhr

Auf der NGfP-Konferenz diskutierten Wissenschaftler, Mediziner, Medienschaffende und Psychologen über Kriegsursachen und Friedensoptionen. Wie kann man in einer gebeutelten Gesellschaft eine wirkmächtige Friedensbewegung aufbauen?



© Felicitas Rabe

Friedensdemonstration in Wiesbaden gegen die weitere Stationierung von US-Atomraketen in Deutschland, Wiesbaden, 29. März 2025

Von Felicitas Rabe

Vom 10. bis 12. April fand im Haus der Demokratie in Berlin die diesjährige Konferenz der [Neuen Gesellschaft für Psychologie](#) (NGfP) zum Thema "Krieg und Frieden" statt. Über drei Tage referierten Vertreter der Friedensbewegung, Politikwissenschaftler, Medienschaffende, Mediziner und Psychologen über ihre Sicht auf die aktuellen Kriege, die drohende Weltkriegsgefahr und Widerstandsperspektiven für Friedensaktivisten. Neben den Vorträgen gab es viel Raum für engagierte Diskussionen mit den rund 100 Konferenzteilnehmern. Das große Interesse wurde daran deutlich, dass die Veranstaltung schon Wochen vorher ausgebucht war.

In ihrem Einladungstext schrieben die Vorstände der Neuen Gesellschaft für Psychologie: "Wir laden zu einem Kongress ein, der versucht, die schrecklichen Kriegsgeschehen in der Ukraine und in Gaza und die gewaltsame Entwicklung in Syrien in ihrer Entwicklung zu verstehen und die Konsequenzen der Waffenlieferungen und Kriegsvorbereitungen, der Steigerung der Rüstungsproduktion durch die Bundesregierung nachzuvollziehen.

Wir wollen auch die mentalen Veränderungen in verschiedenen Gruppen der Gesellschaft und der Gesamtgesellschaft in den Blick nehmen. Dazu gehören auch Überlegungen, ob und wie eine neue Friedensbewegung so in Bewegung kommt, die die gegenwärtige Entwicklung zu stoppen vermag. Andernfalls treibt diese Entwicklung auch in Europa Deutschland zu einem großen Krieg."



NGfP-Konferenz "Krieg und Frieden", Berlin, 10. - 12. April 2025 Felicitas Rabe

Analyse der politischen und der ökonomisch bedingten Kriegsursachen und der psychischen Verfasstheit der Individuen in einer vom Notstand gebeutelten Gesellschaft

Während der dreitägigen Veranstaltung wurde über die politischen und die ökonomischen Hintergründe der aktuellen Kriege reflektiert. Dabei wurden auch die wirtschaftlichen Profiteure der NATO-Stellvertreterkriege gegen Russland und Palästina und somit die Profiteure vom täglichen Sterben tausender Menschen in den weltweiten Kriegsgebieten benannt – wie Rüstungseigner und Ressourcen-Aneigner.

Diskussionsteilnehmer auf der einen Seite sahen eine der Hauptursachen der aktuellen Kriege, in der unendlichen Gier nach immer noch mehr Profit seitens einer Kapitalistenklasse, die im etablierten Wirtschaftssystem ohnehin schon profitiert und die für ihre Profit-Interessen seit Jahrhunderten buchstäblich über Leichen geht. Während andere Diskussionsteilnehmer die Beschaffenheit des Menschen und der Gesellschaft in den Fokus ihrer Kriegsursachenbetrachtungen stellten.

Diskutiert wurde auch über umstrittene Friedenshoffnungen, die von einem nicht geringen Teil der Friedensaktivisten mit der neuen US-Regierung unter Donald Trump gehegt werden. Außerdem wurde thematisiert, wie sogenannte Leit-Medien in Kooperation mit Gesetzgebung und Politik die Menschen mittels Propaganda, Zensur und Strafverfolgung an die neue Kriegsnormalität gewöhnen.

Auf einer von Psychologen organisierten Konferenz nahm die Bewertung der inneren Verfasstheit einer von Krieg bedrohten Gesellschaft und die Bewertung der psychischen Verfasstheit von seit der Coronamaßnahmenpolitik wirtschaftlich und psychisch gebeutelten Menschen ebenfalls einen wichtigen Raum ein. Wie steht es um die politische Widerstandskraft und die Kriegs-Resilienz einer Bevölkerung, die seit 2020 in einem rechtlichen, wirtschaftlichen und psychischen Notstand lebt? Immer noch haben nicht wenige Menschen mit wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen oder mit Beeinträchtigungen ihrer psychischen Stabilität zu kämpfen. Besonders die Menschen, die gegenüber dem verordneten Notstand Widerstand leisteten, haben oft weiterhin unter Coronamaßnahmen-Folgen zu leiden.

Manche haben neben ökonomischen Folgen auch traumatisch wirkende gesellschaftliche und familiäre Ausgrenzungen erfahren – einige erlebten sogar strafrechtliche Verfolgung. Woher soll jemand, der nach dem Pandemie-Notstand oder aufgrund von Widerstandsaktivitäten noch so viele persönliche Folgeschäden zu bewältigen hat, und zudem vielleicht mit dem psychischen und wirtschaftlichen Überleben kämpft, noch Kapazitäten für den Widerstand gegen den drohenden Krieg, gegen die drohende Wehrpflicht, gegen die bereits begonnene Aufrüstung und gegen das Vorantreiben der Kriegstüchtigkeit nehmen?

So war die Konferenz gelegentlich überschattet von Ratlosigkeit und Trauer darüber, dass sich bislang so wenig Widerstand gegen eine anhaltende Russophobie, gegen die drohende Gefahr eines Dritten Weltkriegs mit Atomraketen und gegen die deutsche Aufrüstung für einen Krieg gegen Russland regt. Im Rahmen dieses Berichts können leider nur ein paar Beispiele aus dem breit gefächerten Konferenzprogramm vorgestellt werden.

Die Friedensaktivistinnen Laura von Wimmersperg und Doris Pumphrey berichteten zu Beginn des Kongresses über die Situation der Friedensbewegung in Deutschland. Sie gingen der Frage nach, warum, die "Friedensbewegung unfähig war und ist, angemessen auf den NATO-Krieg gegen Russland zu reagieren, dessen Vorbereitung durch die NATO mit einem faschistischen Maidan-Putsch begann". Sie versuchten zu erklären "Warum die Friedensbewegung nicht die russophobe Hysterie in unserem Land konfrontiert, die einhergeht mit historischer Amnesie, Geschichtsrevisionismus und Revanchismus."

Über den Stand der Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen und das Schweigen der deutschen Ärzteschaft

Über den Stand der Kriegsvorbereitungen im Gesundheitswesen referierte die Ärztin und Friedensaktivistin Dr. Ingrid Pfanzelt. Bislang waren in Deutschland die zivilen medizinischen Einrichtungen und deren Personal für die gesundheitliche Versorgung der Zivilgesellschaft zuständig. Am 1. Januar 2025 trat der "[Operationsplan Deutschland](#)" in Kraft. Hierbei handele es sich um einen tausendseitigen Strategieplan, berichtete Dr. Pfanzelt, nach dem das Gesundheitswesen verpflichtet werde, sich ab sofort auf die Erfordernisse der Kriegsführung auszurichten.

Beispielsweise habe der verletzte Soldat nach dem "Operationsplan Deutschland" Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung. In Fachzeitschriften und Fortbildungen werde die deutsche Ärzteschaft bereits auf die Fachkenntnisse der Kriegsmedizin vorbereitet. Eine bereits eingerichtete App für Triage-Entscheidungen, bei der eine KI über vorrangige medizinische Versorgung von verletzten Personen entscheidet, stehe den Ärzten jetzt schon zur Verfügung.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Effenberger befasste sich mit dem Friedensgebot des deutschen Philosophen Immanuel Kant und seiner im Jahre 1795 veröffentlichten "[Schrift zum ewigen Frieden](#)."

Schon damals appellierte der deutsche Philosoph, dass sich kein Staat gewaltsam in die Verfassung und in die Regierung eines anderen Staates einmischen dürfe. Im zweiten Teil seines Vortrags erklärte Effenberger die US-Sicherheitsstrategie für den Zeitraum 2020 – 2040 "[Winning in a complex world](#)". Diese US-Militärstrategie beinhaltet auch den Operationsplan Deutschland, wonach Deutschland im NATO-Drehbuch eines Krieges gegen Russland bis zum Jahr 2030 als Aufmarschgebiet und strategische Drehscheibe fungiert.



Abb. 1: Sicherheitspolitische Herausforderungen aus heutiger Sicht/Kdo SKB
Aufmarschgebiet Deutschland, Folie von Wolfgang Effenberger auf der NGfP-Konferenz in Berlin, 10. - 12. April 2025
Felicitas Rabe

Die Kriegstreiberei der Wall Street und anderen Kapitalvertretern

Die USA haben als einziger wichtiger Staat kein Außenministerium – für außenpolitische Angelegenheiten dient ihnen das sogenannte State Department (deutsch: Staatsministerium). Im Fehlen eines Außenministeriums werde die Haltung der USA zur restlichen Welt deutlich, erklärte der Publizist Dr. Werner Rügemer in seinem Vortrag "Der US-Kapitalismus als Kriegstreiber und die Neuordnung der Weltgesellschaft." Nach ihrem Selbstverständnis hätten die USA und ihr sogenanntes Staatsministerium das Recht auf Zugriff auf jeden Staat der Erde. Wobei die US-Konzerne größere Macht und größeren Einfluss hätten, als die Politiker selbst. Es seien Wall Street Vertreter gewesen, wie zum Beispiel Allan Dulles, die aus Profitgründen, schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts jeden faschistischen Herrscher in Europa unterstützten.

Angefangen hätte die US-Kapitalunterstützung mit Mussolinis Abessinien-Krieg im Jahr 1922. Später unterstützten die US-Kapitalisten Franco in Spanien und Hitlers Kriegsausrüstung in den 30er- und 40er-Jahren. Die Beziehung zwischen dem Autoproduzenten Henry Ford und Adolf Hitler habe bereits im Jahr 1920 begonnen, als Ford den späteren Diktator in München besuchte. US-Kapitalisten hätten schließlich

im Jahr 1937 dafür gesorgt, dass der allzu Nazi-kritische US-Botschafter in Deutschland William Dodd durch den Hitler-Anhänger Hugh Robert Wilson ersetzt wurde.

Rügemer zufolge, organisierten Donald Trump und seine Truppe mit ihrer Politik das "Endspiel des Kapitalismus". Die aktuell ganz besondere Aggressivität der US-Außenpolitik werde unter anderem dadurch geschürt, dass es mittlerweile durch die erstarkte Volksrepublik China und durch das wieder erstarkte Russland Systemalternativen gebe, die die US-Vorherrschaft ernsthaft bedrohten.

Die wahren Kriegsziele hinter dem Krieg gegen den Terror: Kontrolle der Region und Bodenschätze

Die langjährige Nahost-Korrespondentin Karin Leukefeld erläuterte in ihrem Vortrag "Wie weiter nach Gaza?" die Bedeutung des israelisch-palästinensischen Kriegs für eine beabsichtigte geopolitische Neuordnung des Nahen Ostens. In diesem Krieg ginge es mitnichten nur um den Vergeltungsschlag Israels nach dem Angriff der Hamas und anderen Gruppen im Oktober 2023. Es ginge auch um die Kontrolle von drei für die Weltschifffahrt bedeutsamen Meerengen: die Straße von Hormus, die Meerenge Bab al-Mandab und den Suezkanal. Darüber hinaus ginge es um die Kontrolle wichtiger regionaler Rohstoffe, wie Öl, Gas und andere Bodenschätze.

Im Kampf um Kontrolle von Land und Meer, ginge es für die dort ansässigen Völker aber vor allem darum, ob sie frei leben könnten – oder ob sie um der Profite willen versklavt würden. Inzwischen habe der im Jahre 2001 von den USA angefangene "Krieg gegen den Terror" bereits Millionen Menschenleben in der Region zerstört, oder die dort ansässige Bevölkerung zu Flüchtlingen gemacht. Nach der kompletten Zerstörung des Gaza-Streifens schwinde immer mehr die Hoffnung für die Rettung der Palästinenser bzw. ihres Landes. Allerdings, so erklärte Leukefeld im Interview mit *RT DE* am Rande der Konferenz, habe die UNO sich mehrheitlich gegen die komplette israelische Besatzung des palästinensischen Gebietes ausgesprochen. Und im Sicherheitsrat würden sich China und Russland weiter für den Erhalt von Palästina einsetzen.

Gegen Zensur und Propaganda – Für Gegenöffentlichkeit sorgen

Der Kommunikations- und Medienwissenschaftler Prof. Dr. Michael Meyen widmete sich dem Thema der Macht und politischen Einflussnahme durch Journalisten und der Frage, mit welchen Mitteln Propaganda und Zensur die herrschende Kriegspolitik flankierten. Dabei bedienten sich die Meinungsmacher in den sogenannten Leitlinien eines grundlegenden menschlichen Bedürfnisses: dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit. Meyen erklärte dazu: "Der Mensch will wissen, was in seinem Umfeld angesagt ist, um nicht isoliert zu sein." Das sei der Hauptgrund für den Konsum der Leitmedien und deren Wirkmacht.

Vielen Konsumenten sei mehr oder weniger bewusst, dass die Medien eine Wirklichkeit schufen, die mit der tatsächlichen Realität nichts zu tun habe. Die derart verbreitete Unwirklichkeit würde in Deutschland von Medienkonzernen bestimmt, die ein paar wenigen reichen Familien gehörten. Währenddessen bestimme im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Politik über die Wahl der Rundfunkräte und wer in den Redaktionen das Sagen habe. Dementsprechend gebe es eine enge Verflechtung zwischen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Politik.

Ausblick und Vorschläge

In jeder Redaktion gebe es aber auch integre Journalisten. Solche Journalisten könne man per in Briefen an die Redaktionen vermittelter Wertschätzung unterstützen. Wer integren Journalismus fördern wolle,

könne insbesondere auch konzernfreie Medien nutzen, verbreiten und fördern. Am wenigstens zensurierbar sei immer noch der analoge Raum. Mit gedruckten Medienerzeugnissen könne man auch deshalb gut für Gegenöffentlichkeit sorgen, weil man nicht, wie jederzeit im Internet, gelöscht werden könne.

Auch die Forderung nach einer Neutralität Deutschlands nach den Vorbildern der Schweiz und Österreichs wurde ausgiebig und kontrovers diskutiert.

Gleich mehrere Referenten wiesen in ihren Vorträgen darauf hin, dass Untersuchungen und Umfragen zufolge, die Mehrheit der Menschen in Deutschland gegen Aufrüstung und gegen Kriegsertüchtigung sei. Der Psychologe Daniel Weimer widmete sich in seinem Referat der Frage, warum die Menschen bei einer Wahl dennoch mehrheitlich kriegsbefürwortenden Parteien ihre Stimme geben. Dies scheint für die Entwicklung einer wirkmächtigen Friedensbewegung die entscheidende Frage zu sein:

Wie können mehr Menschen dazu motiviert werden, sich entgegen ihrem Herdentrieb nach Meinungskonformität und politischer Kriegspropaganda für den Frieden zu engagieren?

Mittels Aufklärung, Reflexion und Diskussion wollten die Organisatoren, Referenten und die Teilnehmer der Konferenz der Neuen Gesellschaft beitragen, dass der öffentliche Diskurs über Krieg und Frieden nicht den Herrschenden in Politik und Medien überlassen bleibt. Das Engagement für den Frieden sollte weder inszenierten Unwirklichkeiten zum Opfer fallen, noch sollte man aufgrund von bewussten oder unbewussten Ängsten den Einsatz für eine friedliche und kooperative Weltgemeinschaft vermeiden.



RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

